

KOLUMBIEN – GESELLSCHAFT, FRIEDEN UND KLIMAWANDEL

|| Jerson Leonardo González Umaña,
Javier Fernando Méndez Monroy

Umwelt und die Suche nach Frieden

Umwelt ist das Zusammenspiel aller physischen und biotischen Elemente, die das Leben auf unserem Planeten ermöglichen und nicht, wie nach gängiger Auffassung häufig verstanden, als „alles, was uns umgibt“. Brú (1997) unterscheidet den Begriff „Umwelt“ vom Konzept der „Natur“. „Natur“ steht demnach in einem engen Verhältnis mit den Wechselwirkungen der Elemente, die „Umwelt“ wiederum ausmachen und in die der Mensch nur wenig bzw. so gut wie gar nicht eingreift. Laut kolumbianischer Verfassung hat die Bevölkerung ein Recht auf eine gesunde Umwelt (Art. 79). Aufgrund des Umgangs der Menschen mit Natur und Umwelt, der Art und Weise, wie sie diese wahrnehmen und sich ihnen gegenüber verhalten, sind und werden die Ursprünge von Umweltproblemen, falsche und richtige Lösungen zur Bekämpfung eben jener sowie die Umweltproblematik an sich immer auch soziale Probleme sein.

Mit der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt geht, unter Berücksichtigung sozialer Aspekte, eine große Verantwortung für die Bewohner unseres Planeten einher. Wir sind für die Bewahrung und den Schutz unserer Umwelt und darüber hinaus für unsere Artgenossen und alle Spezies auf der Erde verantwortlich. Es ist unumgänglich, dass sich diese Verantwortung in ein ganzheitliches Konzept eingliedert, welches all unsere sozialen, philosophischen, politischen, ethischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kenntnisse umfasst. Darüber hinaus muss

dieses Verantwortungsbewusstsein auch auf die Entwicklung von Strategien, politischen Agenden und Aktionen Einfluss nehmen, damit es uns langfristig möglich ist, unser Ökosystem mit allen Spezies zu teilen.



Jerson Leonardo González Umaña, 23 Jahre, ist Umweltingenieur der Universität Francisco José de Caldas. Seit 2010 ist er im Bereich von Prozessen der Kommunalstruktur und in der studentischen Vertretung aktiv. Außerdem partizipiert er an einem For-

ungsprojekt über Bewässerungssysteme und familiengeführte Landwirtschaftsbetriebe teil. Seit 2013 ist er ebenfalls Mitglied des HSS-Netzwerks für politische Nachwuchskräfte RED KOLUMBIEN.



Javier Fernando Méndez Monroy, 28 Jahre, ist Agraringenieur und hat einen Magister in Wasserkraftwesen der Nationalen Universität von Kolumbien. Seit 2011 hat er mit unterschiedlichen Institutionen wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation

der Vereinten Nationen (FAO) sowie dem Institut für Wasserkunde, Meteorologie und Klimawissenschaften (IDEAM) zusammengearbeitet. Er ist aktives Mitglied des 2014 von der HSS ins Leben gerufenen Netzwerkes RED KOLUMBIEN, das politische Nachwuchskräfte durch gezielte Bildungsmaßnahmen zur Übernahme von Verantwortung in der und für die Gesellschaft weiterbildet.

Kolumbien hat derzeit die große Chance, den Umweltschutz in seine politische Agenda zu integrieren. Dafür gibt es zwei entscheidende Gründe: Erstens verfügt Kolumbien über bedeutsame natürliche Lebensbedingungen und eine enorme Biodiversität im Vergleich zu anderen Ländern. Und zweitens steht Kolumbien kurz davor, den seit über 60 Jahren andauernden bewaffneten Konflikt mit der FARC zu beenden, der die Erschließung und verantwortungsvolle und angemessene Nutzung weiter Teile des kolumbianischen Ökosystems bislang nicht zuließ. Dies ist zweifelsohne die größte Chance, nicht nur für Kolumbien, sondern auch für die gesamte Region, Umweltschutz in einem weltweiten Rahmen als Friedens- und Aussöhnungspolitik zu fördern. Darüber hinaus geht ein Aufruf an die kolumbianische Jugend, die sozial-ökologischen Transformationen umzusetzen, die mit neuen Möglichkeiten im Rahmen internationaler Zusammenarbeit einhergehen.

Kolumbiens Verpflichtungen und Perspektiven bei der COP21

Im Dezember 2015 findet in Paris die 21. UN-Klimakonferenz statt. Das wichtigste Ziel dieser Konferenz ist die Unterzeichnung eines neuen internationalen Klimaschutz-Abkommens als Nachfolge des Kyoto-Protokolls zur weiteren Reduzierung der Treibhausgase, welches 2020 in Kraft treten soll.

Seit der 19. UN-Klimakonferenz in Warschau (2013) sind alle an der UN-Klimarahmenkonvention beteiligten Staaten dazu aufgerufen, ihre "beabsichtigten nationalen Beiträge" (Intended Nationally Determined Contributions – INDCs) zum neuen Abkommen vorzubereiten und zu intensivieren. Mit den INDCs sollen die Staaten selbst darlegen, welche Beiträge sie, gemäß kommunaler Verantwortung, ihrer jeweiligen Fähigkeiten und dem „Bottom-up“-Prinzip, zur Emissionsminderung leisten können. Dies stellt die erste grundlegende Veränderung des Abkommens von Paris im Vergleich zum Kyoto-Protokoll dar.

Laut des aktualisierten Zweijahresberichts zum Rahmenabkommen, verfasst vom kolumbianischen Institut für Hydrologie, Meteorologie und Umweltstudien (IDEAM) sowie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und vorgestellt durch den stellvertretenden Minister für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung, Pablo Vieira, wies Kolumbien im Jahr 2010 CO₂-Emissionswerte in Höhe von 224 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalente auf, was einen weltweiten Anteil von 0,46 Prozent ausmachte. 58,2 Prozent der Gesamtemissionen verursachten Land- und Forstwirtschaft sowie andere Bodennutzungsformen (Agriculture, Forestry and Other Land Uses – AFOLU). 2012 verringerte sich diese Menge aufgrund der Reduzierung der Entwaldungsrate auf 176 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalente (0,42 Prozent). Laut AFOLU gingen die in diesen Bereichen verursachten Emissionswerte auf 46,8 Prozent zurück.

Kolumbien hat sich durch eine aktive Beteiligung an den Verhandlungen zum Klimawandel und bezüglich seiner Verpflichtungen ausgezeichnet. Im September reichte es seinen Bericht zu den nationalen INDCs ein, welcher im Rahmen der COP21 im Dezember vorgestellt wird. Darin schlägt Kolumbien Verpflichtungen in drei großen Bereichen vor: Lindering, Anpassung und Durchführungsmaßnahmen.

Darüber hinaus könnten die INDCs zum einen nicht zweckgebundenen Charakter – finanziert durch die kolumbianische Regierung – und zum anderen zweckgebundenen Charakter – eingebettet in internationale Vereinbarungen – haben. Kolumbien verpflichtet sich, seine Treibhausgase um 20 Prozent in Bezug auf die für 2030 errechneten Werte zu senken. Laut der Berechnung von BAU (Business as Usual) ergibt sich für 2030 ein Emissionsausstoß von 335 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalente. Ziel ist es jedoch, einen Wert von 268 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalente nicht zu überschreiten. Der Pro-Kopf-Ausstoß betrüge demnach im Jahr 2030 5,8 t Kohlendioxid-Äquivalente. Entsprechend Kolumbiens Verpflichtung müsste sich der Pro-Kopf-Ausstoß jedoch auf 4,6 t Kohlendioxid-Äquivalente beschränken. Erhielte Kolumbien internationale Unterstützung

bei der Reduzierung der Treibhausgase, könnten die Emissionswerte bis 2030 sogar um 30 Prozent gesenkt werden.

Kolumbien hat mit der Einführung seines „Nationalen Programms zur Anpassung an den Klimawandel“ (Plan Nacional de Adaptación al Cambio Climático – PNACC) bereits einige Fortschritte erzielt. Derzeit verfolgt es elf Programme zur Anpassung an den Klimawandel auf territorialer und zwei auf sektoraler Ebene. Das erste Programm bezieht sich auf die Landwirtschaft und das zweite auf das Straßennetz. Im Landwirtschaftssektor macht die Regierung folgende konkrete Vorschläge:

- Zehn Gremien im Landwirtschaftssektor, aufgeteilt nach bspw. Reis- und Kaffeeanbau, Viehzucht und Waldweidewirtschaft, die sich entsprechend an den Klimawandel anpassen können;

- 15 Bezirke des Landes, die sich an den agroklimatischen Expertenrunden beteiligen, die wiederum mit dem nationalen runden Tisch sowie rund einer Million Produzenten verknüpft sind. Diese erhalten dort Informationen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen, um leichter Entscheidungen, die die Landwirtschaft betreffen, fällen zu können.

Kolumbiens Jugendliche und ihre Verantwortung gegenüber dem Klimawandel

Die Verantwortung, sich mit den Problemen, die aufgrund des Klimawandels entstehen, auseinanderzusetzen, fällt auf die Jugendlichen in den verschiedenen Ländern zurück, denn sie sind es, die letztendlich die auf globaler Ebene getroffenen Vereinbarungen und Ziele umsetzen und erreichen müssen. Organisationen wie die Hanns-Seidel-Stiftung und ihre Partner haben in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Initiativen von Jugendlichen im Kampf gegen den Klimawandel unterstützen.

Im November 2014 fand in Lima/ Peru das erste UN-Simulationsmodell zum Klimawandel statt. 88 Jugendliche aus vier latein-

amerikanischen Staaten (Kolumbien, Peru, Ecuador, Bolivien) nahmen daran teil und eiferten den Verhandlungen der 20. UN-Klimakonferenz nach. Die Simulation wurde von der Hanns-Seidel-Stiftung und ihren lateinamerikanischen Partnerorganisationen – im Falle Kolumbiens der Fundación Domo Internacional para la Paz (DOMOPAZ) gefördert und organisiert. Die Teilnehmer der Simulation erhielten gute Einblicke in die Methoden, Diskussionen, Vereinbarungen und Verpflichtungen, die aus einer Konferenz der Vertragsparteien resultieren können.

Mit den in den Veranstaltungen der Hanns-Seidel-Stiftung und RED KOLUMBIEN (Netzwerk junger kolumbianischer Führungskräfte) zur Verfügung gestellten Instrumenten und Kenntnissen wurden Vorschläge zur Anpassung an den Klimawandel entwickelt. Diese sollen die Verpflichtungen Kolumbiens bei der COP 21 und die im Rahmen des Studiengangs „Sozialmanagement und Führungsstärke“ entworfenen Projekte miteinander verbinden. Die vorgeschlagenen Strategien sind insbesondere für den Landwirtschaftssektor von Relevanz, da der Klimawandel vor allem Auswirkungen auf das Ökosystem hat und der Landwirtschaftssektor einen erheblichen Anteil am CO₂-Ausstoß ausmacht (75,32 Mio. t Kohlendioxid-Äquivalente im Jahr 2012). Es ist vorgesehen, diese Strategien auch auf andere Länder zu übertragen:

Landwirtschaftliche Familienbetriebe und Projekte zur Erschließung landwirtschaftlicher Nutzflächen

Landwirtschaftliche Familienbetriebe sind per Definition Entitäten bestehend aus Produktions- und häuslichem Bereich mit dem Ziel, landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen im ländlichen Raum anzubieten. Die Regulierung obliegt der Familie, die mit einem gewissen Grad an Autonomie, jedoch eingeschränkt durch sozioökonomische, politische, kulturelle und umwelttechnische Faktoren, die wirtschaftlichen Entscheidungen trifft. Land-

wirtschaftliche Familienbetriebe haben bewiesen, dass sie durchsetzungsfähig sind. Ein Beispiel dafür ist die kolumbianische Hochebene. Studien der Universität Javeriana und Unillanos haben gezeigt, dass landwirtschaftliche Familienbetriebe durchaus ein wirtschaftlich zukunftsfähiges Modell sind und eine Möglichkeit zur Anpassung an den Klimawandel darstellen. Darüber hinaus nehmen sie eine wichtige Rolle in der Ernährungssicherheit, der Reduzierung von Arbeitslosigkeit, dem Rückgang der Armut und Unterernährung auf dem Land sowie der Versorgung urbaner Zentren ein.

Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe Kolumbiens sehen sich jedoch mit einigen grundlegenden Problemen konfrontiert, wie z.B. dem Mangel an bzw. dem eingeschränkten Zugang zu Ländereien, Kapital, Gütern, öffentlichen Dienstleistungen und Märkten. Das Projekt versucht auf ganzheitliche Art und Weise durch die kooperative Entwicklung der kolumbianischen Bewässerungsinfrastruktur auf die Bedürfnisse der Familienbetriebe einzugehen. Anerkannte Umweltprinzipien, wie der Schutz der Wälder, die Anpassung an den Klimawandel und vor allem die Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Stärkung des sozialen Kapitals werden dabei beachtet. Dieses Projekt ist von enormer Wichtigkeit für die Entwicklung ländlicher Gebiete in Kolumbien. Außerdem besteht die große Möglichkeit, das Projekt im Rahmen der Reform der Agrarpolitik und ländlichen Entwicklung (Reforma Rural Integral) durchzuführen, die bei den Friedensgesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC vereinbart wurde.

Partizipatives agroklimatisches Informationssystem

Das Ziel dieser Maßnahme ist, Landwirten und Experten aus dem Agrarsektor Instrumente und Fachwissen zur Verfügung zu stellen, um Produktionsbedingungen zu verbessern und so deren Leistung zu steigern. Dies führt langfristig zu höheren Einkünften und folglich zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation,

nicht nur eines jeden Einzelnen, sondern der gesamten Region. Darüber hinaus würde ein agroklimatisches Warnsystem dazu beitragen, dass Experten und Verbände eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel entwickeln könnten.

Folglich ist es erstens das Ziel, Landwirte in Fortbildungen zum Klimawandel sowie dessen Folgen und Auswirkungen auf den Anbau einzubinden. Zweitens sollen Entscheidungsfindungsprozesse gefördert werden, die Auswirkungen extremer Wetterereignisse, wie Frost, Dürren und Überschwemmungen zu mindern suchen. Und drittens soll ein partizipatives agroklimatisches Warnsystem entwickelt werden, welches sich aus den eingegebenen Informationen der Landwirte speist und es Experten erlaubt, daraus Strategien zur Anpassung an Klimaschwankungen und -veränderungen abzuleiten. Landwirte werden so in partizipative Prozesse eingebunden. Dies verdeutlicht ihre Bedeutung innerhalb der sozialen Gemeinschaft sowie innerhalb der Produktionsketten des Landes. Ihre Arbeit wird dadurch in besonderer Art und Weise gewürdigt und ist eingebettet in die Maßnahmen, die die kolumbianische Regierung im Rahmen der 21. UN-Klimakonferenz anstrebt.

|| Jerson Leonardo González Umaña

|| Javier Fernando Méndez Monroy
